

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Digitalisierung für ein effektives Krisenmanagement

Jede Krise bietet auch Chancen. In der aktuellen Corona-Krise liegen die Chancen insbesondere darin, die Möglichkeiten der Digitalisierung für Lösungsansätze nutzbar zu machen und der digitalen Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einen Schub zu geben. Die Maßnahmen, die in der Corona-Krise bisher ergriffen wurden, zielen vor allem darauf ab, die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2, COVID-19) möglichst einzudämmen. Zu diesem Zweck werden das öffentliche Leben und soziale Kontakte derzeit geregelt heruntergefahren. Die Zeit, die wir uns durch die Verlangsamung der Ausbreitung des Virus durch analoge Maßnahmen verschaffen, müssen wir auf allen Ebenen nutzen, um Prozesse radikal zu digitalisieren. Länder wie Taiwan und Südkorea beweisen, was in sehr kurzer Zeit im mithilfe der Digitalisierung umsetzbar ist.

Wir Freie Demokraten sehen das Potential der Digitalisierung vor allem darin, zu einer besseren Koordinierung in der Krise und einem effektiveren Krisenmanagement beizutragen - sowohl in der aktuellen Situation, als auch im weiteren Verlauf der Krise. Die digitale Koordinierung von Maßnahmen zur Vernetzung der verschiedenen Akteure, zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus und zur Minimierung der Folgen der Krise wird unsere Effektivität in diesen Bereichen massiv steigern und uns so noch mehr Zeit verschaffen. Die Digitalisierung kann dringend benötigten Ressourcen in der Krisenbewältigung freimachen, indem beispielsweise unnötige Doppelstrukturen abgebaut werden. Sofortmaßnahmen sollten selbstverständlich nur angegangen werden, so sie die aktuelle Bekämpfung der Krise nicht behindern oder anderswo dringend benötigte Ressourcen binden.

Wir verstehen die Krise aber auch als Katalysator und damit als Hebel, um digitale Transformation in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben! Deutschland befindet sich in vielen Berufen weitgehend im Home-Office und macht damit viele für die Zukunft wichtige Erfahrungen - auch mit Ausnahmeregelungen, die nach der Krise evaluiert werden sollten. Das Mittel zur Nutzung der Digitalisierung als Motor des Krisenmanagements liegt für uns auf der Hand. Das im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung aufgebaute Portal "beta.bund.de" wollen wir Freie Demokraten aus seinem Schattendasein befreien und als Onlineportal ausbauen, das in der Krise und darüber hinaus Zugang zu Informationen ermöglicht und Maßnahmen sowohl sichtbar macht als auch dabei hilft, diese zu koordinieren.

1) Transparente Informationen über die Ausbreitung des Coronavirus und die Erfolge bei seiner Bekämpfung

Das Onlineportal sollte als Melde- und Monitoringplattform ausgebaut werden, über die Verdachtsfälle und bestätigte Infektionen möglichst kleinräumig nachverfolgt und Informationen verknüpft werden können.

Hierzu fordern wir:

- ein einheitliches, interoperables System zur Erhebung, Übermittlung und Verknüpfung von Verdachtsfällen. Bei entsprechender Verknüpfung könnten z.B. kleinräumig Hochrisikogebiete ausgewiesen und kommuniziert werden,
- die Umstellung der derzeit vor allem auf pdf-Formularen basierenden lokalen Meldesysteme von Verdachtsfällen bei den zuständigen Gesundheitsämtern, auch um diese besser mit den örtlichen Melderegistern sowie dem Ausländerzentralregister verknüpfen zu können,
- die Erkenntnisse öffentlicher Stellen über bekannte Verdachtsfälle, bestätigte Infektionsfälle und Todesfälle, aber auch Genesungsfälle auf dem Onlineportal zu sammeln und zugänglich zu machen. Eine kleinräumige Ausweisung von Verdachtsfällen, Infektionsfällen und Genesungsfällen kann somit für alle Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden und so unbegründete Panik vermeiden,
- die Verknüpfung der bereits existierenden Warnsysteme KATWARN und NINA mit den Informationen des Onlineportals. Wir fordern außerdem den kurzfristigen Aufbau eines öffentlichen Warnsystems auf Basis lokaler SMS oder Cell Broadcasting, welches dann ebenfalls auf dem Onlineportal eingebunden wird. Ein Warnsystem auf Basis von lokalen SMS oder Cell Broadcasting hat den Vorteil, dass Empfang und Verbreitung von Informationen hierdurch niedrigschwellig möglich sind, was vor allem bei Mobilgeräten notwendig ist, die sich nicht mehr auf dem aktuellsten Stand der Technik befinden.

2) Vernetzung verschiedener Akteure in der Krise ermöglichen

Das Onlineportal dient auch zur Vernetzung und als Koordinationsplattform für alle Akteure, die in der aktuellen Krise das Funktionieren des Gesundheitssystems und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gewährleisten und fördern.

Hierzu fordern wir:

- den Aufbau eines Bereichs zur Koordination und Darstellung von Freiwilligen- und Hilfsdiensten, die online angeboten werden. Als Freiwilligen- und Hilfsdienste sind beispielsweise bestehende Initiativen wie Lieferdienste für vulnerable Personen, Angebote zur Kinderbetreuung, Dienste zur Aufrechterhaltung von Handel und Logistik sowie weitere Nachbarschaftshilfen auf der Plattform sichtbar zu machen,

- auch die Darstellung der allgemeinen Behördenrufnummern. Begleitet werden kann der Bereich zudem durch eine einheitliche Hotline nach österreichischem Vorbild als erste allgemeine Anlaufstelle insbesondere für vulnerable Gruppen und älterer Bürgerinnen und Bürger, die mehr Hilfestellung brauchen als den Hinweis auf verfügbare Online-Angebote,
- Hilfsdienste in der Gesundheitsversorgung ebenfalls sichtbar zu machen und hierfür Meldemöglichkeiten zu etablieren. Dies können beispielsweise mobile Pfleger und Assistenten sein oder andere Freiwillige, die nach kurzem Anlernen Corona-Tests durchführen können,
- den Aufbau eines Bereichs, der als Meldeplattform für Medizinstudenten sowie für die freiwillige Mitarbeit in Unternehmen der Gesundheitswirtschaft dient sowie bestehende Meldeplattformen in diesem Bereich darstellt.

3) Maßnahmen zur Folgeschädenminimierung sichtbar machen und fortschreiben

Es wurde bereits - auch mithilfe der Freien Demokraten - und werden auch weiterhin eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Sofortmaßnahmen und Notprogramme zur Eindämmung von Folgeschäden der Corona-Krise insbesondere für die Wirtschaft und den Bildungssektor beschlossen. Informationen über solche und ähnliche Maßnahmen und die Vernetzung von Hilfsangeboten für Betroffene sollen über das Onlineportal möglich sein.

Hierzu fordern wir:

- beschlossene Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und wirtschaftlich stark betroffener Gruppen, wie Selbstständige und Freiberufler, übersichtlich darzustellen und die Möglichkeit für eine Beantragung online verfügbar zu machen,
- einen Bereich zu schaffen, in dem beispielsweise Initiativen und Angebote, die Schulen, Hochschulen oder andere Bildungseinrichtungen bei der Einrichtung von E-Learning Plattformen unterstützen oder Angebote von digitalen Bildungsinhalten, veröffentlicht und ausgetauscht werden können,
- Aufklärungsinformationen zur Lebensmittel- und Hygieneproduktversorgung, öffentliche Warnungen sowie beschlossene Verhaltensregeln (meistens in Form von Rechtsverordnungen auf Länderebene) in diesem Bereich ebenfalls verfügbar zu machen.

Wichtig ist aber nicht nur die Verknüpfung von Angeboten in der ersten Welle der Corona-Krise, in der wir uns momentan befinden. Es gilt insbesondere für kommende Wellen vorzubeugen und die Krise nach der Krise möglichst zu verhindern.

Hierzu fordern wir:

- die Einrichtung eines Bereichs, über den die Meldung, Koordination und gegebenenfalls der Austausch von knappen Gütern wie Schutzbekleidung in der Gesundheitswirtschaft auf dem Onlineportal möglich ist.

- Kliniken und niedergelassene Ärzte sollten Bedarfsmeldungen abgeben können, die mit vorhandenen Kapazitäten an anderer Stelle ausgeglichen werden können. Auch Lieferdienste können in diesem Bereich Abhilfe schaffen. Bestehende Plattformen, die z.B. bereits die Verfügbarkeit von Intensivbetten abbilden, könnten auf alle wichtigen Güter in der Gesundheitswirtschaft ausgedehnt werden.

4) Die Krise als Katalysator für einen nachhaltigen Schub der digitalen Transformation nutzen

Uns Freien Demokraten ist bei allen kurzfristig möglichen Schritten wichtig, dass wir sie als Katalysator verstehen. Das heißt zum einen, dass wir die Gelegenheit nutzen sollten, jetzt Maßnahmen zu implementieren, die das Potenzial haben, die digitale Transformationen umfassend zu beschleunigen. Zum anderen heißt es, dass sinnvolle Maßnahmen, die jetzt implementiert werden, nach einer Entspannung der Situation nicht direkt wieder zurückgedreht, sondern vielmehr auf ihren Nutzen überprüft und im besten Falle beibehalten werden sollten - um sie so als Katalysator für die digitale Transformation unseres Landes nachhaltig zu nutzen.

Hierzu fordern wir:

- eine temporäre Lockerung der Regelungen der Arbeitsstättenverordnung für Telearbeitsplätze. Unternehmen und Beschäftigte müssen momentan möglichst weitgehende Möglichkeiten dazu erhalten, Arbeit von zu Hause aus zu ermöglichen bzw. erledigen zu können. Dies dient dem Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gegenwärtigen Situation mehr als alles andere. Nach der Krise soll evaluiert werden, ob sämtliche Erfordernisse der Arbeitsstättenverordnung für Telearbeitsplätze wieder vollumfänglich in Kraft treten müssen,
- als Sofortmaßnahme digitale Bürgersprechstunden der Verwaltungen anzubieten und flächendeckend nutzbar zu machen. Der Beratungsbedarf ist hoch und die personellen Ressourcen sind insbesondere bei (zumind. teilweise erfolgten) Behördenschließungen vorhanden. Nicht nur bei der Meldung von Verdachtsfällen zu den Gesundheitsämtern brauchen wir nun schnell digitale Prozesse, sondern auch beispielsweise bei der Beratung zur Beantragung bereitgestellter Maßnahmen für wirtschaftlich stark Betroffene (z.B. durch virtuelle Arbeitsämter).
in Ministerien und nachgeordneten Behörden Zeichnungen ab sofort nur noch elektronisch durchzuführen.

Wenn sich viele Verwaltungsmitarbeiter im Home Office befinden, müssen Verwaltungsprozesse notwendigerweise neu durchdacht werden. Dieses Momentum sollte aus Sicht der Freien Demokraten genutzt werden, um die digitale Transformation im Land insgesamt voranzubringen. Auch die öffentliche Verwaltung sollte die Chance nutzen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ihre eigene Modernisierung und Digitalisierung voranzutreiben.

- Die Ziele des OZG sollten schneller als geplant umgesetzt werden, das heißt bereits vor Ablauf des Jahres 2022. Das konsequent digitale Durchdenken von Verwaltungsprozessen in der aktuellen Krise bietet diese Chance.
- Durchgehend plattformbasiertes Arbeiten ist in den nächsten Jahren in allen Behörden aufzubauen.
- Nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern auch der Parlamentsbetrieb ist nachhaltig zu digitalisieren, um so die Handlungsfähigkeit von Regierung und Gesetzgeber in zukünftigen Krisensituationen zu gewährleisten. Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sind dazu aus unserer Sicht unumgänglich. Da solche Änderungen jedoch sensibelste Bereiche unserer Demokratie betreffen, sollten sie nicht überhastet durchgeführt werden. Der Ausschuss Digitale Agenda des Bundestages kann dabei als Testfeld dienen, um digitale Modernisierungsmöglichkeiten der Parlamentsarbeit zu erproben und so als Blaupause für den ganzen Bundestag zu dienen.
- Zunächst gilt es jedoch, die technische Infrastruktur auf aktuelle und künftige Herausforderungen vorzubereiten. Perspektivisch muss jeder Bildschirmarbeitsplatz in der Bundestagsverwaltung und den Abgeordnetenbüros auch mobil nutzbar sein. Die interne Netzinfrastruktur muss außerdem perspektivisch in der Lage sein, das zeitgleiche mobile Arbeiten nahezu aller Nutzer zuverlässig und sicher zu gewährleisten.

Ansprechpartner:
Manuel Höferlin MdB, digitalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 78512 – E-Mail: manuel.hoeferlin@bundestag.de